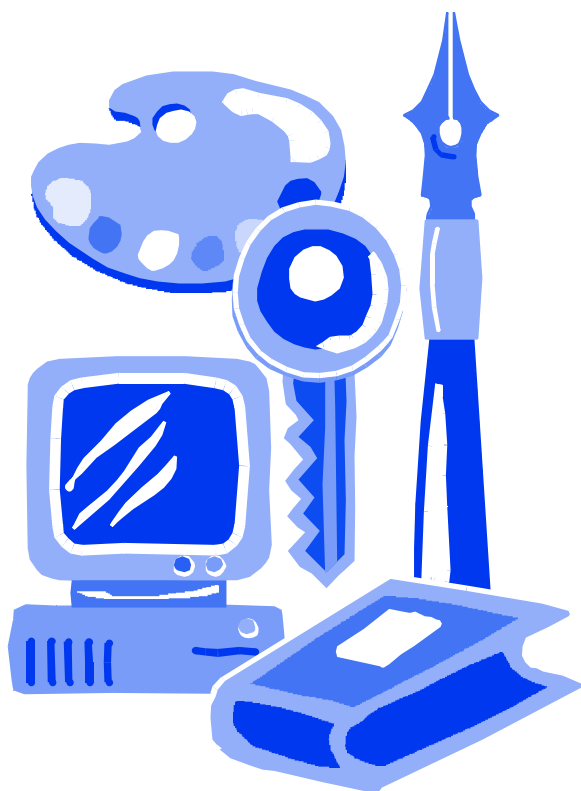


Berufliche Bildung und Weiterbildung

Was wir wollen. Was wir bieten.

- | **Politik**
- | **Interessenvertretung**
- | **Service**



**Gewerkschaft
Erziehung
und Wissenschaft**



Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt
E-Mail: info@gew.de
Homepage: www.gew.de
Verantwortlich:
Ursula Herdt, Ulf Rödde
Redaktion:
Helga Ballauf
Fotos: dpa
Gestaltung und Satz:
roth artconcept Kronberg
Druck:
Spitzer Druck, Darmstadt
Gedruckt auf Zanders Mega matt, 50% Recyclingfaser,
50% chlorfrei gebleichter Zellstoff
2. überarbeitete Auflage November 2002

Berufliche Bildung und Weiterbildung

Wie es ist, kann es nicht bleiben.

Wir kritisieren und verändern.

Die Mitmachgewerkschaft GEW

Vielfalt statt Chaos

Inhalt



Lebensbegleitendes Lernen

So sieht die GEW die Lage von beruflicher Bildung und Weiterbildung

Die Mitmachgewerkschaft

Wie die GEW politischen Einfluss nimmt

Vielfalt und Qualität


Was die GEW bei Erstausbildung und Weiterbildung verändern will:

- 1** Qualifizierte Ausbildung für alle
- 2** Recht auf Weiterbildung für alle
- 3** Öffentliche Verantwortung durchsetzen
- 4** Gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsverdichtung

Kontakt

Material

Mitgliedsantrag



Lebensbegleitends Lernen: So sieht die GEW die Lage von beruflicher Bildung und Weiterbildung

„Was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.“ Und: „Schuster, bleib bei deinem Leisten.“ Das sind altbekannte und inzwischen gründlich überholte Sprichwörter zum Thema Beruf und Bildung. Nun heißt landauf, landab die Zauberformel: lebensbegleitendes Lernen.

Eine Aufforderung, die besonders die berufliche Erstausbildung sowie die allgemeine, die politische und die berufliche Weiterbildung vor neue Aufgaben stellt. Die Ausgangslage ist unübersichtlich und widersprüchlich:

| Das duale System – also die Berufsausbildung in Betrieb und Berufsschule – steckt in einer Krise. Die nachlassende Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen ist das sichtbarste Zeichen dafür. Besonders dramatisch ist der Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen in Ostdeutschland.

| Fast eine halbe Million junger Frauen und Männer unter 25 Jahren ist arbeitslos. Dreimal soviel, nämlich 1,5 Mio junge Menschen haben keine Ausbildung – sie sind die potenziellen Arbeitslosen von morgen.

| Die beruflichen Schulen und die hier beschäftigten Lehrkräfte stehen vor großen Herausforderungen: Lernfelder ersetzen die klassische Fächerstruktur; die Schülerschaft wird heterogener; neue Unterrichtsaufgaben – etwa in vollzeitschulischen Kursen der Berufsvorbereitung – kommen dazu; Fragen der Schulentwicklung, der

Qualitätssicherung und des Prüfungswesens stellen sich neu.

| Dennoch spielt die Berufsschule im Berufsbildungskonzert nach wie vor die zweite Geige – der Lernort Betrieb bestimmt faktisch und nach der rechtlichen Lage die Musik. Weitere Probleme entstehen, weil immer weniger junge Berufsschullehrer/innen nachrücken.

| Die Finanzierung der Berufsausbildung ist ungerecht geregelt. Nur einer von drei Betrieben bildet aus und beteiligt sich damit an den Ausbildungskosten. Große Unterschiede gibt es auch bei den Jugendlichen: Wer sich beispielsweise auf eine Arbeit im Sozial- und Gesundheitsbereich vorbereitet, muss Schulgeld zahlen – ohne später je zu den Großverdienern zu gehören. Das trifft in erster Linie junge Frauen.

| Andererseits wird das Wissen und Können ihrer Beschäftigten für viele Unternehmen zur entscheidenden Ressource. Weiterbildung und Personalentwicklung erhalten strategische Bedeutung. Von Chancengleichheit keine Spur: Am meisten wird in die Qualifizierung der Führungskräfte investiert, dann kommt das Fachpersonal, danach die Un- und Angelernten.

| Die Verheißung für jung und alt: Wer eine gute berufliche Qualifikation hat und ständig weiterlernt, erhält einen Arbeitsplatz und schützt sich vor Jobverlust. Wenn's nicht klappt, hat also das Individuum versagt?

| Weiterbildung wird stark auf betriebliche und berufliche Qualifizierung reduziert. Andere Bildungsangebote – von der Persönlichkeitsentwicklung zur Stärkung der politischen Handlungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger – er-

scheinen immer öfter als Luxus. Und das, obwohl überall von integrierten, ganzheitlichen Konzepten geredet wird.

| Die Bedeutung von Weiterbildung wächst, nicht aber die finanzielle und personelle Ausstattung dieses Sektors. Die Hauptarbeit leisten nach wie vor materiell und sozial schlecht gestellte, freiberufliche Honorarkräfte sowie befristet Beschäftigte.

| Es fehlt eine klare öffentliche Verantwortung für die Weiterbildung. Die Zuständigkeiten sind zersplittert zwischen Bund und Ländern, zwischen öffentlichen und privaten Anbietern. Der Markt für kommerzielle Bildungsangebote wächst – unkontrolliert.



Die skizzierten Probleme werfen fachliche, tarifliche und arbeitsorganisatorische Fragen auf. Sie zeigen, dass die Lage der beruflichen Bildung nicht isoliert von Entwicklungen in anderen Bildungsbereichen gesehen werden darf. Das ist ein Pfund, mit dem die Bildungsgewerkschaft GEW wuchern kann: Sie organisiert den Erzieher in der Kindertagesstätte ebenso wie die Hochschullehrerin, den freiberuflichen VHS-Dozenten oder die Berufsschullehrerin.

Die Mitmachgewerkschaft: Wie die GEW politischen Einfluss nimmt

Wir machen was!

Unter diesem Motto schließen sich Beschäftigte aus den Organisationsbereichen Jugendhilfe und Sozialarbeit, Allgemeinbildende Schulen, Hochschule und Forschung sowie Berufliche Bildung und Weiterbildung in der GEW zusammen. Sie artikulieren und vertreten ihre Arbeitsplatzinteressen sowie bildungspolitische und fachliche Ansprüche.

Die Fachgruppen

Auf allen Ebenen ihrer Gewerkschaft haben GEW-Mitglieder die Möglichkeit, sich einzumischen, mitzumachen, etwas zu bewegen. In den Fachgruppen diskutieren sie ihre spezifischen Belange und Forderungen, ergreifen Initiativen und bringen die Meinungsbildung in der Gesamtorganisation voran.

Wer (noch) nicht Mitglied ist und in die Arbeit der GEW vor Ort hineinschnuppern will, ist bei den Fachgruppentreffen genau richtig. Brisante Themen einbringen, politische Einschätzungen austauschen, Handlungsansätze besprechen – davon lebt die Mitmachgewerkschaft.

So beschäftigen sich die Aktiven in der Fachgruppe Berufliche Schulen etwa mit neuen Lehrplänen und Prüfungsfragen oder mit der Konzeption für ein regionales Berufsbildungszentrum. Die Erwachsenenbildner/innen tauschen sich beispielsweise über Honorarhöhe und Vertragsgestaltung der Bildungsinstitute vor Ort aus, geben sich rechtliche Tipps oder laden zu ihrer eigenen fachlichen Weiterbildung Referenten ein.



Die Bundesebene in Frankfurt

Wie lebendig die gewerkschaftliche Arbeit der GEW ist, entscheidet sich vor Ort und hängt vom Engagement der Individuen ab. Gleichzeitig kommt der Bundesebene besondere Bedeutung zu, werden doch viele politischen Weichen für die berufliche Bildung und Weiterbildung hier gestellt. Die Erwartungen der Beschäftigten sind groß, vom Organisationsbereich Berufliche Bildung/Weiterbildung der GEW in der „Frankfurter Zentrale“ mit Informationen und Dienstleistungen versorgt zu werden. In den drei Bundesfachgruppen

- | Kaufmännische Schulen,
- | Gewerbliche Schule und
- | Erwachsenenbildung

arbeiten ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen aus den GEW-Landesverbänden zusammen. Sie formulieren und vertreten ihre jeweiligen gewerkschaftspolitischen und Berufsinteressen und beraten die Hauptamtlichen im Organisationsbereich Berufliche Bildung/Weiterbildung. Die Mitarbeiter/innen der „Frankfurter Zentrale“ sehen ihre Rolle darin, Impulse zu geben und Dienstleistungen anzubieten. Näheres unter Kontakt.

Vielfalt und Qualität: Was die GEW bei Erstaus- bildung und Weiterbildung verändern will

Die Liste der Krisensymptome in Aus- und Weiterbildung zeigt: Gewerkschaftliches Handeln tut Not. Die Bildungsgewerkschaft GEW verfolgt zwei Ziele gleichermaßen: Sie setzt sich für eine höhere Qualität der Bildungsangebote und für bessere Beschäftigungsbedingungen in der Aus- und Weiterbildung ein.

Berufs- und weiterbildungs- politische Aufgaben

1. Qualifizierte Ausbildung für alle

Dieses Ziel ließe sich am besten erreichen, wenn jene Unternehmen eine Abgabe zahlen müssten, die nicht ausbilden, und mit diesem Geld zusätzliche Angebote zur Qualifizierung für den Beruf finanziert werden könnten. Diese Forderung ist vorerst schwer durchzusetzen. Dessen ungeachtet hat die GEW erfolgreich dafür geworben, das traditionelle „duale System“ der Berufsausbildung (Lernen in Betrieb und Berufsschule) zu einem konzeptionell durchdachten „pluralen System“ weiter zu entwickeln: Bei der Reform des Berufsbildungsgesetzes ist dafür der gesetzliche Rahmen zu schaffen. Der muss künftig in folgendem Sinn ausgefüllt werden:

| Lernschwache und benachteiligte junge Menschen benötigen eine besondere Förderung, um in Zeiten der Ausbildungskrise nicht gänzlich zu scheitern.

| Es gilt, Akzeptanz und Qualität des pluralen Systems zu verbessern – von der Ausbildung im Verbund über schulische Qualifizierungsformen bis zu außerbetrieblichen Berufsbildungsgängen. All diese Ausbildungswege müssen von dem Stigma, nur „Ersatzmaßnahme“ zu sein, befreit und als gleichwertig anerkannt werden. Bund, Länder und Bundesanstalt für Arbeit müssen ihre jeweiligen Konzepte aufeinander abstimmen.

| Im Bereich von Pflege und Sozialem, bei den sog. „personenbezogenen Dienstleistungsberufen“, ist eine gründliche Reform der Aus- und Weiterbildung überfällig.

| Der Umfang betrieblicher Ausbildung geht zurück, die Bedeutung schulischer Angebote nimmt zu: Dementsprechend muss die Rolle der Berufsschule aufgewertet, das System reformiert werden.

Die GEW unterstützt den Reformansatz regionaler Berufsbildungszentren. Unsere Bedingung: Diese Entwicklung darf nicht zur Privatisierung und Verschlechterung der Beschäftigungsbedingungen missbraucht werden.

2. Recht auf Weiterbildung für alle

| In allen Berufssparten soll der Übergang von der Erstausbildung zur Weiterbildung geebnet werden. Das hat strukturelle und methodische Konsequenzen: Was ist von Modularisierung und Zertifizierung zu halten, was vom Qualifikationspass? Wie können Arbeits- und Lernprozesse verknüpft werden?

| Es ist notwendig, häufig gebrauchte pädagogische Schlagworte auf ihren Gehalt abzuklopfen.

Beispiel: selbstgesteuertes Lernen. Dies ist natürlich ein förderungswürdiges didaktisches Prinzip. Gleichzeitig wird der Begriff aber auch zur Verschleierung benutzt – wenn der Abbau von Weiterbildungseinrichtungen und -personal damit begründet wird, das Individuum könne doch ganz allein den Lernerfolg sicherstellen.

3. Öffentliche Verantwortung durchsetzen

| In den Dschungel Weiterbildung müssen regelnde Schneisen geschlagen werden: Eine Bundesrahmenordnung für die gesamte und ein Bundesgesetz für die berufliche Weiterbildung sind überfällig. Sie sollen u. a. Chancengleichheit und Qualitätsstandards sicherstellen. Das heißt beispielsweise, dass mit öffentlichen Mitteln jene Weiterbildungsbedürfnisse befriedigt werden, die nicht marktgängig sind, und dass Zugangs-, Anerkennungs- und Zertifizierungsfragen verlässlich geregelt werden.

| Die Weiterbildungsgesetze der Bundesländer müssen reformiert werden. Es geht u.a. um flächendeckende Versorgung und ausreichende Finanzmittel, um Fragen der Professionalisierung des Personals und um Qualitätssicherung sowie um Abstimmung und Kooperation zwischen den Weiterbildungsträgern. Die Tendenz, die öffentliche Verantwortung für diesen Bildungsbereich abzubauen, muss gestoppt werden.

| Eine umfassende Qualitätssicherung in der Weiterbildung ist überfällig. Mit Bildungstests allein ist eine nachhaltige Sicherung von Qualität nicht zu erreichen. Die Zertifizierung nach ISO 9000 ff. ist ein für den Bildungsbereich ungeeignetes Instrument der Qualitätssicherung. Entscheidend sind vielmehr transparente pädagogi-

sche Kriterien und Anforderungen. Auch die Arbeitsbedingungen des Personals müssen in der Qualitätsdebatte eine Rolle spielen.

| Die Qualifizierungspolitik der Bundesanstalt für Arbeit ist im Umbruch. Weiterbildung als Instrument einer aktiven Arbeitsmarktpolitik darf nicht nur die schnelle Wiedereingliederung von Erwerbslosen zum Ziel haben.

Ebenso wichtig sind der langfristige Erhalt und die Entwicklung von Qualifikationen sowie die soziale Integration von Arbeitslosen. Die GEW fordert eine Qualitäts- und Effizienzsicherung in diesem Sinn. Diese muss auch die Personalpolitik der Weiterbildungsträger einschließen, etwa durch ein Vergabegesetz, das tarifgebundene Institute bevorzugt und prekäre Arbeitsverhältnisse ausschließt.

Personalpolitische und arbeitsplatzbezogene Aufgaben

4. Gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsverdichtung

| Die Aus- und Fortbildung der Berufsschullehrer/innen muss auf die neuen Anforderungen reagieren und sich verändern – eine grundlegende Reform der Lehrerbildung ist daher überfällig. Wir haben gute Argumente gegen eine Verlagerung dieses Studiums an die Fachhochschulen. Eine langfristig wirksame Einstellungspolitik, weitgehende Qualifizierungskonzepte für Seiteneinsteiger/innen und spezielle Informationen müssen dem Berufsschullehrkräftemangel entgegenwirken.

I Die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte an beruflichen Schulen verschlechtern sich: Mehrarbeit und Arbeitsverdichtung sind die Stichworte – und das bei steigenden pädagogischen Anforderungen. Denn es ändern sich auch Rolle und Aufgabe dieser Lehrkräfte. Hier muss die Fortbildung ansetzen. Gegebenenfalls sind neue Arbeitszeitstrukturen gefragt.



I Prekär sind die Arbeitsbedingungen der meisten Beschäftigten in der Weiterbildung: Viele der auf Honorarbasis beschäftigten freien Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind Scheinselbstständige. Es ist höchste Zeit, dass ihnen reguläre Arbeitsverhältnisse angeboten werden. Wer dagegen tatsächlich als selbstständige Lehrkraft in der Weiterbildung arbeitet, muss sich auf ein tragfähiges soziales Netz verlassen können. Mit anderen Worten: Scheinselbstständige Beschäftigungsverhältnisse müssen gesetzlich verhindert und freie Mitarbeiter/innen in die Sozialversicherungssysteme einbezogen werden, ohne dass sie dabei neue finanzielle Nachteile erleiden.



Kontakt:

Wir, die Hauptamtlichen im Organisationsbereich Berufliche Bildung/Weiterbildung der GEW nehmen Stellung zu sich abzeichnenden Entwicklungen in beruflicher Erstausbildung und Erwachsenenbildung. Wir versuchen, diese Positionen gegenüber politischen Entscheidungsträgern durchzusetzen. Oft stoßen wir selbst notwendige Debatten an. Wenn in den Bundesländern einschlägige GEW-Positionen entwickelt werden, organisieren wir den Austausch zwischen den Landesverbänden. Wir veranstalten Expertengespräche und Fachtagungen oder stellen auf andere Weise Öffentlichkeit für GEW-Positionen her. Wir bereiten bundesweit relevante Informationen in sog. „Doks“ auf und geben weitere Materialien heraus.



Wir, das sind:

Leiterin:

Dr. Ursula Herdt

Referent:

Torsten Fust, eMail: fustt@gew.de

Sekretariat:

Brigitte Kramer, eMail: kramerb@gew.de

Andrea Aulbach, eMail: aulbacha@gew.de

Anschrift:

GEW-Hauptvorstand, Reifenberger Str. 21,
60489 Frankfurt am Main, Tel: 069/78973-326 u.
-327, Fax: 069/78973-103

Internet:

www.gew.de

Materialien:



| Kostenlose Kurzinformationen und GEW-Diskussionspapiere sind auch in größerer Anzahl erhältlich zu aktuellen Themen wie: Ausbildungskrise, Reformbedarf der beruflichen Bildung, Berufsschullehrer- und Auszubildendenbildung, regionale Berufsbildungszentren, berufliche Bildung von benachteiligten jungen Menschen, Aus- und Weiterbildung in personenbezogenen Dienstleistungsberufen, Anforderungen an die Weiterbildungsgesetze der Länder, Vorschläge für ein Bundesgesetz berufliche Weiterbildung.

| Die „Doks“ enthalten wichtige Beschlüsse und Grundsatzpapiere aus Politik, Wissenschaft und Gewerkschaften zu einschlägigen Themen im Wortlaut.

| In der Reihe „Berufsbildung und Weiterbildung“ erscheinen Publikationen zu Fragen wie: berufliche Weiterbildung im Sozialgesetzbuch III, Qualität von Aus- und Weiterbildung, Zukunft der Berufsschulen und berufliche Bildung, Lernfelddidaktik, soziale Lage von Honorarlehrkräften.

| Über die Max-Traeger-Stiftung (wissenschaftliche Forschungsförderung der GEW) erscheinen Untersuchungen über Theorie und Praxis der Berufsbildung und Weiterbildung.

(Listen über Veröffentlichungen und Preise können beim Organisationsbereich, Adresse s. o., angefordert werden.)

Der kurze Weg zur GEW

Unsere Adressen

GEW Baden Württemberg

Silcherstraße 7
70176 Stuttgart
Telefon: 07 11/2 10 30-0
Telefax: 07 11/2 10 30-45
www.bawue.gew.de
land@bawue.gew.de

GEW Bayern

Schwanthalerstraße 64
80336 München
Telefon: 0 89/54 40 81-0
Telefax: 0 89/5 38 94 87
www.bayern.gew.de
info@bayern.gew.de

GEW Berlin

Ahornstraße 5
10787 Berlin
Telefon: 0 30/21 99 93-0
Telefax: 0 30/21 99 93-50
www.gew-berlin.de
info@gew-berlin.de

GEW Brandenburg

Alleestraße 6a
14469 Potsdam
Telefon: 03 31/2 71 84-0
Telefax: 03 31/2 71 84-30
www.gew-brandenburg.de

GEW Bremen

Löningstraße 35
28195 Bremen
Telefon: 04 21/3 37 64-0
Telefax: 04 21/3 37 64-30
www.gew-bremen.de
info@gew-hb.de

GEW Hamburg

Rothenbaumchaussee 15
20148 Hamburg
Telefon: 0 40/41 46 33-0
Telefax: 0 40/44 08 77
www.gew-hamburg.de
info@gew-hamburg.de

GEW Hessen

Zimmerweg 12
60325 Frankfurt am Main
Telefon: 0 69/97 12 93-0
Telefax: 0 69/97 12 93-93
www.gew-hessen.de
info@hessen.gew.de

GEW Mecklenburg- Vorpommern

Lübecker Straße 265a
19059 Schwerin
Telefon: 03 85/4 85 27 11
Telefax: 03 85/4 85 27 24
www.gew-mv.de
Landesverband@mvp.GEW.de

GEW Niedersachsen

Berliner Allee 16
30175 Hannover
Telefon: 05 11/3 38 04-0
Telefax: 05 11/3 38 04-46
www.GEW-NDS.de
GEWNiedersachsen@cs.com

GEW

Nordrhein-Westfalen
Nünningstraße 11
45141 Essen
Telefon: 02 01/29 40 30-1
Telefax: 02 01/2 94 03-51
www.gew-nrw.de
info@gew-nrw.de

GEW Rheinland-Pfalz

Neubrunnenstraße 8
55116 Mainz
Telefon: 0 61 31/2 89 88-0
Telefax: 0 61 31/2 89 88-80
www.gew-rheinland-pfalz.de
gew@GEW-Rheinland-Pfalz.de

GEW Saarland

Mainzer Straße 58
66121 Saarbrücken
Telefon: 06 81/6 68 30-0
Telefax: 06 81/6 68 30-17
www.gew-saarland.de
info@gew-saarland.de

GEW Sachsen

Nonnenstraße 58
04229 Leipzig
Telefon: 03 41/4 94 74 04
Telefax: 03 41/4 94 74 06
www.gew-sachsen.de
GEW-Sachsen@t-online.de

GEW Sachsen-Anhalt

Markgrafenstraße 6
39114 Magdeburg
Telefon: 03 91/7 35 54-0
Telefax: 03 91/7 31 34 05
www.gew-sachsen-anhalt.de
lv@gew-sachsenanhalt.de

GEW Schleswig-Holstein

Legienstraße 22-24
24103 Kiel
Telefon: 04 31/55 42 20
Telefax: 04 31/55 49 48
info@gew-sh.de

GEW Thüringen

Geschwister-Scholl-Straße 45
99085 Erfurt
Telefon: 03 61/5 90 95-0
Telefax: 03 61/5 90 95-60
www.gew-thueringen.de
info@gew.ef.uunet.de

GEW-Hauptvorstand

Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon: 0 69/7 89 73-0
Telefax: 0 69/7 89 73-201
www.gew.de
info@gew.de

GEW-Hauptvorstand Parlamentarisches

Verbindungsbüro Berlin
Wallstraße 65
10179 Berlin
Telefon: 0 30/23 50 14-0
Telefax: 0 30/23 50 14-10
info@buero-berlin.gew.de

GEW-Hauptvorstand Büro Bonn

Thomas-Mann-Straße 1
55111 Bonn
Telefon: 02 28/65 77 22
Telefax: 02 28/69 29 45
BonnerBuero@gew.de

Die GEW im Internet:

www.gew.de

Ich mache mit!

Antrag auf Mitgliedschaft (Bitte in Druckschrift ausfüllen)

Frau/Herr

Vorname/Name

Straße/Nr.

Land (D für BRD), Postleitzahl/Ort

e-Mail-Adresse

Geburtsdatum

Nationalität

Telefon

bisher gewerkschaftlich organisiert bei

von

bis (Monat/Jahr)

Name/Ort der Bank

Kontonummer

BLZ

Berufsbezeichnung/-ziel

beschäftigt seit

Fachgruppe

Tariff/Besoldungsgruppe

Bruttoeinkommen € monatlich

Betrieb/Dienststelle

Träger

Straße/Nr. des Betriebs/der Dienststelle

Postleitzahl/Ort

Beschäftigungsverhältnis

- | | |
|---|--|
| <input type="radio"/> angestellt | <input type="radio"/> Honorarkraft |
| <input type="radio"/> beamtet | <input type="radio"/> beurlaubt ohne Bezüge |
| <input type="radio"/> in Rente | <input type="radio"/> teilzeitbeschäftigt mit _____ Std./Woche |
| <input type="radio"/> pensioniert | <input type="radio"/> im Studium |
| <input type="radio"/> Invalidität | <input type="radio"/> ABM |
| <input type="radio"/> Altersübergangsgeld | <input type="radio"/> Vorbereitungsdiens/Berufspraktikum |
| <input type="radio"/> arbeitslos | <input type="radio"/> befristet bis |
| | <input type="radio"/> Sonstiges |

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten und seine Zahlungen daraufhin regelmäßig zu überprüfen. Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag ermächtige ich die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen.

Ort, Datum

Unterschrift

Die uns von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten sind nur zur Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben auf Datenträgern gespeichert und entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt.

Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an den für Sie zuständigen Landesverband oder an den:

GEW-Hauptvorstand
Postfach 90 04 09
60444 Frankfurt am Main

Vielen Dank!
Ihre GEW



Fachgruppe

Nach §11 der GEW-Satzung bestehen folgende Fachgruppen:

- Erwachsenenbildung*
- Gesamtschulen*
- Gewerbliche Schulen*
- Grundschulen und Hauptschulen*
- Gymnasien*
- Hochschule und Forschung*
- Kaufmännische Schulen*
- Realschulen*
- Schulaufsicht und Schulverwaltung*
- Sonderschulen*
- _ Sozialpädagogische Berufe*

Bitte ordnen Sie sich einer dieser Fachgruppen zu.

Betrieb/Dienststelle

Hierunter versteht die GEW den jeweiligen Arbeitsplatz des Mitglieds. Im Hochschulbereich bitte den Namen der Hochschule/der Forschungseinrichtung und die Bezeichnung des Fachbereichs/Fachs angeben.

Berufsbezeichnung

Geben Sie hier bitte Ihren Beruf oder Ihre Tätigkeit an, eingetragen werden sollen auch Arbeitslosigkeit und Ruhestand.

Tarifgruppe/Besoldungsgruppe

Die Angaben Ihrer Vergütungs- oder Besoldungsgruppe ermöglicht die korrekte Berechnung des satzungsgemäßen Beitrags. Sollten Sie keine Besoldung oder keine Vergütung nach BAT erhalten, bitten wir Sie um die Angabe Ihres Bruttoeinkommens.

**Gewerkschaft
Erziehung
und Wissenschaft**

